

Zur Landtagswahl am 27. März 2022

Wir müssen aus der Krise lernen

Die Corona-Pandemie war und ist ein Stress-Test für jede und jeden Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat. Einerseits hat der Sozialstaat viele Menschen vor dem existenziellen Absturz bewahrt. Andererseits hat die Pandemie die teils schon lange bekannten Schwächen unseres Sozial- und Gesundheitssystems schonungslos offengelegt. Durch die hohen staatlichen Finanzausgaben in der Krise und einen zu erwartenden Rückgang der Steuereinnahmen stehen wir vor schwierigen Verteilungsfragen. Diese dürfen nicht zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft beantwortet werden.

Die Pandemie hat Defizite wie unter einem Brennglas offengelegt, eine Rückkehr zur Situation „vor der Krise“ ist nach unserer Überzeugung keine Option. Ein erhöhtes Engagement ist notwendig, um einen Schutz gegen pandemiebedingte Benachteiligungen aufzubauen. Wir erwarten von der neuen Landesregierung eine aktive, investive Sozialpolitik mit einem Schwerpunkt auf besonders vulnerable, vor allem armutsgefährdete Gruppen, Maßnahmen gegen die gesundheitlichen Folgewirkungen der Pandemie und Planungen für eine zukünftige Pandemiebekämpfung.

Anliegen der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar sind die Sorge für alle Menschen, die Hilfe benötigen, die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und die Sicherung der gemeinnützigen sozialen Dienste im Saarland. Damit übernehmen wir Verantwortung für die Gesellschaft und den sozialen Frieden im Saarland.

Unser Motto lautet darum: **Verantwortung übernehmen – Soziales Gestalten**



PARITÄT Diakonie



Der Hauptausschuss der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar:

- Vorsitzender Pfarrer Udo BLANK
Diakonie Rheinland Westfalen Lippe e.V., Verbindungsstelle Saarland
- Barbara AßMANN
Caritasverband für die Diözese Speyer e.V.
- Landesdiakoniepfarrer Albrecht BÄHR
Diakonisches Werk der Ev. Kirche der Pfalz
- Jörg BRÖDER
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Saarland e.V.
- Anne FENNEL
Diakonie Rheinland Westfalen Lippe e.V., Verbindungsstelle Saarland
- Lisa GEIMER-KLEIN
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Saarland e.V.
- Michael HAMM
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz / Saarland e.V.
- Andreas HEINZ
Caritasverband für die Diözese Speyer e.V.
- Bernward HELLMANNNS
Arbeitsgemeinschaft der Diözesan-Caritasverbände im Saarland
- Dr. Birgit KUGEL
Caritasverband für die Diözese Trier e.V.
- Ricarda KUNGER
Synagogengemeinde Saar
- Christiane LUTZ-GRÄBER
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz / Saarland e.V.
- Jürgen NIESER
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V.
- Susanne SCHÄFER
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V.
- Sabine SCHMITT
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz / Saarland e.V.
- Holger WILHELM
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V.

Unsere Erwartungen an eine zukünftige Landesregierung im Saarland:

1. Wir erwarten die strukturelle Bekämpfung von Armut und ihrer negativen Folgen, um das Wohl der Einzelnen wie den sozialen Frieden im Saarland zu sichern.

Dazu gehören:

- ein stadtteilbezogener, vernetzter Ansatz der Armutsbekämpfung; eine umfassende Strategie zur Quartiersentwicklung sowohl im städtischen als auch im ländlich geprägten Raum (Mobilität, Infrastruktur, Versorgung);
- eine umfassende Strategie zur Überwindung von Wohnungslosigkeit;
- die Schaffung und der Erhalt von Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und kluge Wohnraumförderung zur sozialen Durchmischung von Wohnquartieren;
- der Ausbau der digitalen Infrastruktur, um Teilhabe auch in benachteiligten Stadtteilen möglich zu machen;
- die Überführung der Energiesicherungsstelle in eine Regelstruktur sowie eine langfristige Sicherung und Ausweitung des Notfallfonds gegen Stromsperrern in einen Fonds gegen Energiesperren;
- ein beitragsfreies Mittagessen an Schulen und Kitas;
- kein Finanzierungsvorbehalt bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut;
- die Fortschreibung des Aktionsplans zur Armutsbekämpfung;
- die Fortschreibung des Armuts- und Reichtumsberichts.

2. Wir erwarten, dass die Arbeitsmarktprogramme fortgeführt, ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Dazu gehören:

- die Fortführung des Arbeitsmarktprogramms „ASaar“ für Langzeitarbeitslose und der bewährten Programme in der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit;
- die Weiterführung und der Ausbau der Unterstützungsangebote für benachteiligte Jugendliche vor und während der Ausbildung;

- der Ausbau von Angeboten zur (Nach-)Qualifizierung für Frauen, auch in Teilzeitform;
- die Entwicklung passgenauer Qualifizierungsangebote für Langzeitarbeitslose, auch als Teilqualifizierung;
- das Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (§ 16i SGB II) zu entfristen und ausreichend finanzielle Mittel für seine Umsetzung bereit zu stellen;
- die Entwicklung von Begleitprogrammen zur sozialen Unterstützung von Betroffenen der wirtschaftlichen Transformation der saarländischen Industrie.

3. Wir erwarten mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche.

Dazu gehören:

- die Schaffung und Förderung von geeigneten Strukturen der Bildung und sozialräumlichen Unterstützung, um Benachteiligungen zu verhindern;
- die Stärkung von digitaler Kompetenz für Kinder, Jugendliche und deren Familien;
- Unterstützung der Bemühungen zur Einführung einer Kindergrundsicherung;
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kitas und Schulen;
- Krippen- und Kita-Plätze für alle Kinder;
- der Ausbau und die Aufwertung der Schulsozialarbeit an allen Schulen sowie die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit bei der Umsetzung des Bildungsauftrags von Schulen;
- die verlässliche und ausreichende Förderung der offenen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit;
- die Anpassung der Konzepte der ambulanten, teil- und vollstationären Hilfen zur Erziehung an wissenschaftliche Standards;
- die Schaffung von angemessenen Arbeitsstrukturen in Kindertageseinrichtungen und in den erzieherischen Hilfen durch die Verbesserung der Personalschlüssel;
- der Ausbau von alltagsintegrierten Sprachbildungsangeboten sowohl für Kinder, als auch für Jugendliche und ihre Familien;
- der Ausbau der Beteiligungsformen und Mitbestimmungsformen für Kinder und Jugendliche;
- umfassende Präventionskonzepte und -maßnahmen gegen (sexualisierte) Gewalt.

4. Wir erwarten eine Stärkung der Seniorenpolitik, insbesondere auch auf kommunaler Ebene.

Dazu gehören:

- die Sicherung sozialer Teilhabe;
- die Sicherung der öffentlichen Infrastruktur und der Mobilität für alle, sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum;
- die umfassende Stärkung der kommunalen Verantwortung für Seniorenarbeit;
- Maßnahmen, die es Senioren ermöglichen, in der eigenen Häuslichkeit zu verbleiben;
- der Ausbau aufsuchender Beratungsstrukturen z.B. mobiler Pflegestützpunkte und der Sozialberatung zu Hause;
- der Ausbau von Unterstützungsstrukturen zur Bewältigung des Alltags, z.B. Einkaufsbegleitung;
- die Förderung von neuen und alternativen Wohnformen im Alter;
- Initiativen zur Gewinnung von Fachkräften in der Pflege, Betreuung und Teilhabe;
- die Entlastung der Pflegebedürftigen durch Übernahme von Investitionskosten in stationären Altenhilfeeinrichtungen;
- die Förderung und der Ausbau der ambulanten und stationären Hospizangebote im Saarland.

5. Wir erwarten klare Schritte zu einer sozialen und gemeinwohlorientierten Digitalisierung, die sich an den Menschen ausrichtet.

Dazu gehören:

- mehr Partizipationsmöglichkeiten für alle, damit Digitalisierungsprozesse nicht die gesellschaftliche Teilhabe einzelner Gruppen erschweren;
- ein digitaler Pakt für Kindertageseinrichtungen (analog zu Schulen);
- die Digitalisierung für Menschen mit Behinderung mitzudenken (z.B. Ausbau digitaler Assistenzsysteme);

- die Einbindung der freien Träger der Wohlfahrtspflege bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), um für die Bürgerinnen und Bürger ein vollständiges und bürgerfreundliches Portal aufzubauen (Das OZG verpflichtet Bund und Länder, ihre „Verwaltungsleistungen“ bis Ende des Jahres 2022 für Bürger und Wirtschaft auch digital verfügbar zu machen.);
- das Recht auf ein analoges Leben.

6. Wir erwarten Maßnahmen zu einer schnellen, strukturierten Integration der geflüchteten Menschen in die Gesellschaft.

Dazu gehören:

- eine kurze Verweildauer der geflüchteten Menschen in der Landeaufnahmeeinrichtung des Saarlandes (AnkER-Einrichtung) in Lebach;
- die Finanzierung von Beratungsdiensten für geflüchtete Menschen (Sozial- und Verfahrensberatung sowie psychosoziale Begleitung);
- eine angemessene Versorgungsstruktur durch Migrations- und Integrationsdienste in den Kreisen, Gemeinden und Städten des Saarlandes;
- die Förderung der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen in sozialverträgliche und qualifizierte Arbeitsverhältnisse;
- die Förderung ehrenamtlichen Engagements für und mit Geflüchteten;
- die Schaffung von Rahmenbedingungen (Ressourcen) zur Sicherstellung des Schutzes vor (sexualisierter) Gewalt für die geflüchteten Menschen in der Landesaufnahmeeinrichtung;
- die Entwicklung eines psycho-sozialen Zentrums in der AnkER-Einrichtung/Landesaufnahmestelle Lebach für traumatisierte Flüchtlinge, die nachhaltiger psycho-sozialer Unterstützung bedürfen, sowie einer mobilen Beratungshilfe.

7. Wir erwarten, dass die Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung konsequent umgesetzt wird.

Dazu gehören:

- die zügige Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Saarland;
- der Aufbau gemeindepsychiatrischer Verbände zur Sicherstellung von Inklusion und Sozialraumorientierung auf regionaler Ebene;

- die Schaffung von bezahlbarem barrierefreiem, behindertengerechtem Wohnraum im Saarland;
- eine gute Anbindung mit öffentlichem, bezahlbarem Nahverkehr;
- „Elternassistenzen“ für Eltern mit einer Behinderung;
- Initiativen zur Gewinnung von Fachkräften, z.B. die Neuorganisation der Heilerziehungspflegeausbildung im Saarland;
- die Möglichkeit für jedes Kind wohnortnah eine Regelkindertageseinrichtung mit der entsprechenden Unterstützung zu besuchen;
- die Förderung von Angeboten und der Ausbau von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen und Menschen mit einer chronischen psychischen oder physischen Erkrankung am ersten Arbeitsmarkt;
- der Ausbau inklusionsorientierter Arbeitsplätze mit gezielten Angeboten für ältere, suchtkranke und wohnungslose Menschen sowie für jüngere psychisch kranke Erwachsene mit Reifungs- und Entwicklungsdefiziten.

8. Wir erwarten die Stärkung und Unterstützung der Freiwilligendienste.

Dazu gehören:

- kostenfreie Tickets im ÖPNV sowie im bundesweiten Fernverkehr für alle, die im Saarland einen Freiwilligendienst leisten;
- die Anerkennung von Freiwilligendiensten als Vorpraktika für soziale Berufsbilder.

9. Wir erwarten eine verstärkte Anerkennung der besonderen Rolle der Freien Wohlfahrtspflege als Anwältin der Menschen, die Hilfe benötigen sowie bei der Sicherstellung der sozialen Grundversorgung für alle Menschen.

Dazu gehören:

- gleichberechtigter Zugang für gemeinnützige Organisationen zu bestehenden Förderprogrammen für Innovationen;
- die Akzeptanz der Tarifgebundenheit gemeinnütziger Einrichtungen und die Umsetzung des Tariftreuegesetzes auch im sozialen Bereich.

Kurzfassung:

Was die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar von einer zukünftigen Landesregierung im Saarland erwartet:

1. Armut zur Sicherung des sozialen Friedens im Saarland bekämpfen!
2. Bewährte Arbeitsmarktprogramme fortführen und ausbauen!
3. Mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche!
4. Stärkung der Seniorenpolitik!
5. Gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die sich an den Menschen ausrichtet!
6. Schnelle, strukturierte Integration der geflüchteten Menschen in die Gesellschaft!
7. Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung umsetzen!
8. Stärkung und Unterstützung der Freiwilligendienste!
9. Anerkennung der besonderen Rolle der Freien Wohlfahrtspflege bei der Sicherstellung der sozialen Grundversorgung im Saarland!